

Christian Schletter

Grabgesang der Demokratie

V&R Academic

Christian Schletter

Grabgesang der Demokratie

Die Debatten über das Scheitern der
bundesdeutschen Demokratie von 1965 bis 1985

Vandenhoeck & Ruprecht



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-525-30079-4

ISBN 978-3-647-30079-5 (E-Book)

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung.

© 2015, Vandenhoeck & Ruprecht GmbH & Co. KG, Göttingen/

Vandenhoeck & Ruprecht LLC, Bristol, CT, U.S.A.

www.v-r.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Printed in Germany.

Druck und Bindung: CPI buchbuecher.de GmbH, Birkach

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Danksagung	7
1. Einleitung	9
2. Quantitative Analyse: Thematisierung des Scheiterns der bundesdeutschen Demokratie bzw. eines möglichen Krieges von 1965 bis 1985	31
2.1 Durchführungskriterien für die Inhaltsanalyse	31
2.2 Relevanz der Debatten	35
2.3 Thematisierungen der Ängste vor einem Scheitern der bundesdeutschen Demokratie bzw. einem möglichen Krieg	37
2.4 Thematisierungen einzelner Szenarien in »Spiegel« und »Rheinischem Merkur« von 1965 bis 1985	43
2.4.1 Die Thematisierung verschiedener Szenarien im gesamten Untersuchungszeitraum	45
2.4.2 Die Angst vor einer neuen Massenbewegung	50
2.4.3 Die Angst vor einem neuen Führer	58
2.4.4 Die Angst vor einem neuen Krieg auf deutschem Boden	64
2.4.5 Die Angst vor einer latenten militärischen Bedrohung	72
2.4.6 Die Angst vor einem anonymen Machtapparat	79
2.4.7 Sonstige Ängste vor einem Scheitern der bundesdeutschen Demokratie oder Demokratiekonzeptionen	86
2.4.8 Gegendiskurs: Stärke der bundesdeutschen Demokratie bzw. Erhaltung des Friedens	91
2.5 Zusammenfassung der quantitativen Analyse	96

3. Das künftige Scheitern der bundesdeutschen Demokratie oder einen unmittelbar drohenden Krieg sichtbar machen	103
3.1 Der Sieg einer neuen totalitären Massenbewegung	104
3.1.1 Die Angst vor der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als Massenbewegung	105
3.1.2 Die Angst vor der Studentenbewegung	127
3.1.3 Konservative Ängste vor einer neuen Massenbewegung nach 1969	143
3.1.4 Zwischenfazit zum Szenario der Massenbewegung	167
3.2 Der Sieg eines neuen Führers	170
3.2.1 Die Angst vor Franz Josef Strauß	171
3.2.2 Die Angst vor Willy Brandt	207
3.2.3 Die Angst vor dem »starken Mann«	219
3.2.4 Zwischenfazit zum Szenario eines neuen Führers	226
3.3 Die absolute Kontrolle der Gesellschaft durch einen anonymen Machtapparat	230
3.3.1 Ängste vor einem anonymen Machtapparat in den 1960er Jahren	230
3.3.2 Die Ängste des konservativen Wahrnehmungsmusters vor den Konsequenzen einer SPD-Regierung	256
3.3.2.1 Die Ängste des konservativen Wahrnehmungsmusters vor einer totalitären Gesellschaft	256
3.3.2.2 Die Ängste des konservativen Wahrnehmungsmusters vor einem »Marsch durch die Institutionen«	278
3.3.3 Die Angst vor einem Überwachungsstaat	305
3.3.4 Zwischenfazit zum Szenario des anonymen Machtapparats	338
3.4 Der Ausbruch eines neuen Krieges	344
3.4.1 Willy Brandts Ostpolitik als Auftakt zu einem neuen Krieg	345
4. Fazit	361
5. Literatur- und Quellenverzeichnis	373
5.1 Literaturverzeichnis	373
5.2 Quellenverzeichnis	378
6. Tabellenverzeichnis	407
7. Abkürzungsverzeichnis	409

Danksagung

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei denjenigen zu bedanken, die mich bei meiner Dissertation immer hilfreich und wohlwollend unterstützt haben und somit einen großen Anteil daran tragen, dass dieses Buch überhaupt entstehen konnte.

Einen besonderen Dank geht an meinen Doktorvater Prof. Dr. Patrick Wagner, der mich vom Beginn bis zum Abschluss meines Dissertationsvorhabens begleitet hat und mir immer beratend und helfend zur Seite stand. In zahlreichen Kolloquien, Tagungen, Treffen des Historikerstammtisches und unzähligen Gesprächen fand er immer die Zeit, mir motivierend und konzeptionell Hilfestellungen zu geben und half mir, den roten Faden nicht aus den Augen zu verlieren. Ebenso gab mir Prof. Dr. Manfred Hettling bei diversen Kolloquien wohlwollende hilfreiche Denkanstöße und eröffnete mir so neue Horizonte. Auch Florian Hannig möchte ich an dieser Stelle danken, der mir besonders in der Frühphase meines Dissertationsvorhabens viele konzeptionelle Hilfestellungen gab und somit großen Anteil am Gelingen des Dissertationsprojekts trägt.

Ebenfalls besonderen Dank möchte ich an die Hans Böckler Stiftung richten. Diese hat nicht nur durch einen Druckkostenzuschuss die Publikation der Doktorarbeit ermöglicht, sondern mich auch über den gesamten Promotionszeitraum finanziell durch ein Promotionsstipendium unterstützt, ohne das die Arbeit an der Dissertation nicht möglich gewesen wäre. Als Vertrauensdozent der Hans Böckler Stiftung und auch darüber hinaus stand mir Prof. Dr. Josef Mooser beratend zur Seite, dem ich an dieser Stelle dafür herzlich danken möchte.

Für die ideelle und motivierende Unterstützung möchte ich ganz herzlich meiner Familie danken, besonders meiner Mama, Dr. Katrin Schletter, die in aufwändiger Lektoratsarbeit zahlreiche Tippfehler beseitigen konnte. Für das große Verständnis für die leider oft zu geringe Freizeit möchte ich meiner Frau Louise und meinen Töchtern Nora und Sophie danken.

1. Einleitung

Stand der Forschung

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1990 gilt den Historikern als Erfolgsgeschichte. Das »Aufregende an der Geschichte der Bundesrepublik« sei, so formuliert es Edgar Wolfrum, »daß die Katastrophe ausblieb und daß dieser Staat zu einer der stabilsten und angesehensten westlichen Demokratien geworden ist.«¹ »Selbst schwerste historische Konflikte«, so beobachtet Andreas Wirsching, »an denen es der Geschichte der alten Bundesrepublik keineswegs mangelte, verwandeln sich im Rückblick in eine harmonische Gesamtschau.«² Die zeitgenössischen Akteure der von Wirsching angesprochenen Konflikte allerdings sahen die demokratische Ordnung der Bundesrepublik immer wieder unmittelbar vom Untergang bedroht. Diese augenfällige Diskrepanz zwischen den Deutungen vieler Zeitgenossen und der rückblickend »harmonische[n] Gesamtschau« der neuesten Geschichtsschreibung bildet den Ausgangspunkt dieser Untersuchung.

Hans-Peter Schwarz hat bereits 1990 in einer »Problemskizze« darauf hingewiesen, dass die Geschichte der »alten« Bundesrepublik von der Angst vor einer erneuten Katastrophe förmlich durchzogen war. Diese Geschichte, so argumentiert Schwarz, werde »nur dann voll verständlich [...], wenn man auch sie in der Katastrophenperspektive zu verstehen sucht.«³ Schwarz erkannte schon früh, dass die Bundesrepublik von der Angst vor einer erneuten Katastrophe geprägt war. Im Gegensatz zu vielen anderen Historikern der 1980er Jahre interpretierte er diese Katastrophenangst aber nicht einfach als Fehleinschätzung

1 Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 11.

2 Andreas Wirsching: Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung; in: APuZ 3/2007, S. 13 – 18; hier: 13.

3 Hans-Peter Schwarz: Die ausgebliebene Katastrophe. Eine Problemskizze zur Geschichte der Bundesrepublik; in: Hermann Rudolph (Hg.): Den Staat denken. Theodor Eschenburg zum Fünfundachtzigsten, Berlin 1990, S. 151 – 174; hier: S. 152.

der damaligen Lage, sondern misst der »Angst vor erneutem Wegrutschen des innenpolitischen Bodens großes historisches Gewicht« bei und identifiziert in ihr ein »etwas leisere[s], dissonante[s] Leitmotiv der postkatastrophalen Epoche deutscher Geschichte«. ⁴ Dabei erkannte Schwarz, dass es »durchaus nicht immer nur die unter verschiedenen Feldzeichen antretenden Fähnlein im linken politischen Lager [sind], die von tiefer Katastrophenangst erfaßt werden« und bilanziert deshalb, dass »Katastrophenangsterinnerung, Katastrophenangst und objektive Bedingungen möglicher Katastrophen [...] durchaus ein Leitmotiv in dem so kräftig klingenden Concerto grosso bundesdeutscher Geschichte [waren], nicht das einzige gewiß, aber doch ein immer wieder vernehmbares.« ⁵

Zwei Jahre nach Schwarz' Anregung hat Jeffrey Herf diese in einem Aufsatz weiter entwickelt und festgestellt, dass »sowohl auf der Linken wie auf der Rechten, bei Neo-Marxisten wie Neo-Konservativen, eine deterministische Vorstellung vom Niedergang der Demokratie oder des Kapitalismus sehr ausgeprägt [war], wenn Ende der siebziger Jahre über die ›Krise der Demokratie‹ geschrieben wurde.« ⁶ Diese Befürchtungen artikulierten sich beispielsweise in den zeitgenössischen Thesen von den »Legitimationsproblemen des Spätkapitalismus« ⁷ oder der »Unregierbarkeit« ⁸ und hätten Herf zufolge 1983 ihren Höhepunkt »in düsteren Warnungen vor dem Untergang der Demokratie« gefunden. ⁹ In den Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss ab 1979 sei zudem deutlich geworden, dass sich sowohl Linke als auch Konservative in ihrer Argumentation auf die NS-Vergangenheit beriefen. ¹⁰ Herf belässt es wie Schwarz bei solchen skizzenhaften Überlegungen, ohne hieraus eine systematische Untersuchungsstrategie abzuleiten.

Generell sind Schwarz' Thesen zwar als anregend rezipiert worden, haben aber bislang keine systematische Untersuchung zu »provozieren« vermocht. Daher soll die vorliegende Untersuchung die von Schwarz und Herf ausgelegten Fäden aufnehmen und somit Holger Nehrings Forderung gerecht werden, dass »die Ideengeschichte der Bundesrepublik gut daran [täte], zu einer mittlerweile zwar wieder oft zitierten, aber nur selten zu Ende gedachten Beobachtung von

4 Schwarz: Katastrophe, S. 155 und 157.

5 Schwarz: Katastrophe, S. 157 und 160.

6 Jeffrey Herf: Demokratie auf dem Prüfstand. Politische Kultur, Machtpolitik und die Nachrüstungskrise in Westdeutschland; in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 40 (1992), S. 1–28; hier: S. 1.

7 Vgl. Jürgen Habermas: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt a. M. 1973.

8 Vgl. Wilhelm Hennis; Peter Graf Kielmansegg; Ulrich Matz (Hg.): Regierbarkeit. Studien zu ihrer Problematisierung, 2 Bde., Stuttgart 1977/79.

9 Herf: Demokratie, S. 2.

10 Vgl. Herf: Demokratie, S. 24 f.

Hans-Peter Schwarz zurückzukehren: nämlich die Geschichte der Bundesrepublik als die einer ausgebliebenen Katastrophe zu schreiben.«¹¹

Immerhin bieten einige Publikationen der letzten Jahre weitere Anknüpfungspunkte für eine solche Untersuchung. Eckart Conze beispielsweise hat, indem er die Geschichte der Bundesrepublik mit Hilfe der Analysekategorie »Sicherheit« zu schreiben versucht, zugleich deutlich gemacht, wie prekär das Sicherheitsempfinden der Bundesbürger über Jahrzehnte blieb.¹² Damit bildeten die latenten Ängste vor einem Untergang der neuen Demokratie, der wirtschaftlichen Stabilität und des Friedens eine zentrale, jederzeit aktivierbare Ressource der innenpolitischen Auseinandersetzung. Die jeweiligen politischen Gegner waren, so stellt Conze fest, »schon dadurch zu denunzieren, daß man ihnen vorwarf, sie setzten leichtfertig die ›Sicherheit‹ auf das Spiel, und sei es nur, indem sie für eine Veränderung des außen- und innenpolitischen Status quo eintraten.«¹³ Eine wirkliche Untersuchung solcher Debatten leistet Conze jedoch nicht, da er die Schwerpunkte seines Erkenntnisinteresses anders setzt.

Eine wichtige Vorarbeit für die Untersuchung stellt Sebastian Ullrichs 2009 erschienene Dissertationsschrift »Der Weimar-Komplex« dar.¹⁴ Ullrich untersuchte, inwiefern der Diskurs über das Scheitern der Weimarer Republik die politische Kultur der frühen Bundesrepublik bis 1959 beeinflusste. Dabei kommt er zu der Erkenntnis, dass immer wieder »in den Krisensituationen der bundesrepublikanischen Innenpolitik das Schreckgespenst der ›Weimarer Verhältnisse‹ beschworen [wurde], um gegen die angebliche oder tatsächliche Gefährdung der Demokratie zu mobilisieren.«¹⁵ Ullrich stellte heraus, dass bis in die Mitte der 1950er Jahre Vergleiche zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland hauptsächlich zur Kritisierung der Bundesrepublik verwendet wurden, indem man die Ähnlichkeiten zwischen beiden deutschen Demokratien hervorhob. Dieses Argumentationsmuster änderte sich Mitte der 1950er Jahre, als die Unterschiede zwischen beiden deutschen Demokratien stärker wahrgenommen wurden, sodass »der Weimarbezug die Funktion [erhielt], die er bis heute in der politischen Kultur der Bundesrepublik

11 Holger Nehring: Die nachgeholtte Stunde Null. Intellektuelle Debatten um die Atombewaffnung der Bundeswehr 1958 – 1960; in: Dominik Geppert; Jens Hacke (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960 – 1980, Göttingen 2008, S. 229 – 250; hier: S. 242.

12 Vgl. Eckart Conze: Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte«; in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 53 (2005), S. 357 – 380 und ders.: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

13 Conze: Sicherheit als Kultur, S. 370.

14 Vgl. Sebastian Ullrich: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945 – 1959, Göttingen 2009.

15 Ullrich: Weimar-Komplex, S. 18.

einnimmt. Die problematische Naherwartung eines Scheiterns ließ zunehmend nach zugunsten der Warnung vor kommenden Gefahren.«¹⁶ Weimargerichte dienten nun nicht mehr dazu, grundsätzliches Misstrauen gegenüber der neuen demokratischen Ordnung zu schüren, sondern »sensibilisierten vielmehr für die Gefährdungen der jungen Demokratie und riefen zu ihrer Verteidigung auf.«¹⁷ Diese These wird von Ullrich nicht systematisch überprüft, da dies seinen Untersuchungszeitraum gesprengt hätte. Hier knüpft die vorliegende Untersuchung an, indem sie einen längeren Zeitraum einbezieht.

Ullrich hat den Weimar-Diskurs für das Gründungsjahrzehnt sehr exakt aufgezeichnet. Im Gegensatz zu Ullrichs Dissertationsschrift will sich die vorliegende Untersuchung aber erstens nicht auf den Weimardiskurs beschränken, sondern das gesamte Spektrum von Debatten über das potenzielle Scheitern der bundesdeutschen Demokratie in den Blick nehmen. Zweitens wählt die Untersuchung einen anderen Untersuchungszeitraum als Ullrich. Sie geht mit Schwarz und Herf von der Hypothese aus, dass ein mögliches Scheitern der bundesdeutschen Demokratie auch nach 1960 immer wieder in politisch relevantem Ausmaß thematisiert wurde, obwohl sich die Bundesrepublik innen- und außenpolitisch sowie wirtschaftlich gefestigt hatte und sich damit deutlich von der gescheiterten Weimarer Republik unterschied.

Für die Jahrzehnte nach 1960 ist dieses Thema in dem 2008 von Dominik Geppert und Jens Hacke herausgegebenen Sammelband »Streit um den Staat« angerissen, aber nicht systematisch untersucht worden.¹⁸ So thematisiert der Beitrag von Joachim Scholtyseck Karl Jaspers 1966 erschienenes Buch »Wohin treibt die Bundesrepublik«¹⁹ und bilanziert, dass »das hier vertretene Zerrbild [...] stellvertretend für zahlreiche Werke [steht], in denen ein apokalyptisches Denken vorherrschte und in denen die Bundesrepublik auf dem Weg in einen Krieg gesehen wurde.«²⁰ Wolfgang Kraushaar zeigt auf, wie die Gegner der Notstandsgesetze Erinnerungen an die nationalsozialistische Machtergreifung artikulierten, kommt aber zu dem Schluss, dass es dem harten Kern der Notstandsgegner vermutlich nicht um die Vermeidung von Gefährdungen der Demokratie gegangen sei, sondern darum, den Verfassungsstaat anzugreifen.²¹ Riccardo Bavaj zeigt beispielhaft, wie Kurt Sontheimer seine anfängliche Sym-

16 Ullrich: Weimar-Komplex, S. 418.

17 Ullrich: Weimar-Komplex, S. 420.

18 Vgl. Dominik Geppert; Jens Hacke (Hg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980, Göttingen 2008.

19 Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik? Tatsachen, Gefahren, Chancen, München 1966.

20 Joachim Scholtyseck: Mauerbau und Deutsche Frage. Westdeutsche Intellektuelle und der Kalte Krieg; in: Geppert; Hacke (Hg.): Streit, S. 67–90; hier: S. 83.

21 Vgl. Wolfgang Kraushaar: Die Furcht vor einem »neuen 33«. Protest gegen die Notstandsgesetzgebung; in: Geppert; Hacke (Hg.): Streit, S. 135–150; hier: S. 139 und 146.

pathie für die Studentenbewegung hinterfragte und begann, »nach und nach die neulinke Ideologie als ernsthafte Gefahr für die Existenz der Bundesrepublik wahrzunehmen.«²² Daniela Münkler kommt zu dem Resultat, dass im Streit um die Demokratisierung der Universitäten in den 1960er und 1970er Jahren »ein Szenario entworfen [wurde], dass die Universität und den Staat kurz vor ihrem Zusammenbruch sah. Dabei wurde streckenweise ein Bild gezeichnet, als stünde die kommunistische Revolution unmittelbar bevor. Die Gefährdungs- und Untergangsszenarien für die zweite deutsche Demokratie erinnerten viele der engagierten Professoren an die Endphase der Weimarer Republik«.²³ Jens Hacke untersucht, warum das Staatswesen der Bundesrepublik Deutschland in den 1970er Jahren »bei einer Vielzahl von Intellektuellen das Empfinden auslös[te], unmittelbar vor dem Abgrund zu stehen«.²⁴ Hacke verweist auf die Auffälligkeit, dass nach 1968 politische Konflikte dazu verwendet worden seien, »intellektuelle Lager neu zu markieren« und bilanziert, dass die Dramatik der Lage aus historischer Perspektive nur schwer nachvollziehbar sei.²⁵ Jörg Requate sieht das »Aufbauschen oder die Verharmlosung der Bedrohung des Staates« durch den Terrorismus der Roten Armee Fraktion als »Teil der politischen Argumentationsstrategie«.²⁶ Der Sammelband von Geppert und Hacke verdeutlicht insgesamt das Potenzial des Untersuchungsthemas, schöpft es aber bei weitem nicht aus.

Von großem Erkenntnisinteresse ist, warum in der alten Bundesrepublik von den Zeitgenossen immer wieder zu bestimmten Anlässen das vermeintlich unmittelbar bevorstehende Scheitern der gesellschaftlichen und politischen Ordnung diskutiert wurde. Hierbei spielen die zeitgenössischen Ängste eine große Rolle, wodurch diese Untersuchung einen kleinen Beitrag zur aufstrebenden Gefühlsgeschichte leisten soll, obwohl sie lediglich das Gefühl »Angst« untersucht.²⁷ Axel Schildts skizzenhafte Überlegungen zur »German Angst« von 2004 beziehen sich auf die Angstpotenziale der Bevölkerung.²⁸ Zur Historisierung der

22 Riccardo Bavaj: Verunsicherte Demokratisierer. »Liberal-kritische« Hochschullehrer und die Studentenrevolte von 1967/68; in: Geppert; Hacke (Hg.): Streit, S. 151 – 168; hier: S. 163 f.

23 Daniela Münkler: Der »Bund Freiheit der Wissenschaft«. Die Auseinandersetzungen um Demokratisierung der Hochschule; in: Geppert; Hacke: Streit, S. 169 – 187; hier: S. 177.

24 Jens Hacke: Der Staat in Gefahr. Die Bundesrepublik der 1970er Jahre zwischen Legitimationskrise und Unregierbarkeit; in: Geppert; Hacke (Hg.): Streit, 188 – 206; hier: S. 188.

25 Hacke: Staat, S. 202.

26 Jörg Requate: Gefährliche Intellektuelle? Staat und Gewalt in der Debatte über die RAF; in: Geppert; Hacke (Hg.): Streit, S. 251 – 268; hier: S. 253.

27 Vgl. zur Erforschungen von Gefühlen in der Geschichtswissenschaft beispielhaft Birgit Aschmann: Vom Nutzen und Nachteil der Emotionen in der Geschichte. Eine Einführung; in: dies. (Hg.): Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 2005, S. 9 – 32; bes.: S. 30 f.

28 Vgl. Axel Schildt: »German Angst«: Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik; in: Daniela Münkler; Jutta Schwarzkopf (Hg.): Geschichte als Experiment. Studien

»German Angst« skizziert Schildt »vier zentrale und miteinander verbundene Angstkomplexe [...], die öffentlich immer wieder thematisiert und sehr wirksam politisch funktionalisiert wurden: die Angst vor Krieg und äußeren Feinden, die Angst vor der Zerstörung der inneren Ordnung, die Angst vor einem ökonomischen Kollaps und die Angst vor apokalyptischen Gefahren in der »Risikogesellschaft« (Ulrich Beck)«. ²⁹ Diese Untersuchung folgt Schildts Einteilung der Angst, konzentriert sich aber auf die Ängste vor einem Krieg und der Zerstörung der inneren Ordnung. Die anderen beiden Angstkomplexe werden nur untersucht, falls thematisiert werden sollte, dass deren Folgen ebenfalls zu einem Scheitern der gesellschaftlichen und politischen Ordnung der Bundesrepublik führen könnten. Bei der Untersuchung wird auf die Unterscheidung zwischen der eher konkreten »Furcht« und der etwas gegenstandsärmeren »Angst« verzichtet, da diese Unterscheidung im zeitgenössischen Sprachgebrauch nur selten konsequent eingehalten wurde. ³⁰ Vielmehr werden die Verbalisierungen von Ängsten untersucht, »die einen Hinweis auf das definitorische Kernmerkmal beider Gefühle geben, und das ist die Erwartung eines Unheils oder einer negativen Situation in der Zukunft«, also das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie bzw. ein drohender Krieg. ³¹

Schildt bemerkte außerdem, dass Ängste der Bevölkerung im Unterschied zur Geschichte der Antike, des Mittelalters oder der frühen Neuzeit in der Zeitgeschichtsforschung wenig Beachtung gefunden hätten. ³² Dieser Befund ist heute erfreulicherweise nicht mehr zutreffend, da in letzter Zeit vermehrt Arbeiten zur »Angst« erschienen sind. So arbeitet Frank Biess heraus, wie sich »im Übergang zu den 1970er Jahren [...] die Optik von außen nach innen« verschob und Angst »in diesem Gefühlsregime eine privilegierte Position ein[nahm], weil diese Emotion das Subjekt erst sensibilisierte für bisher möglicherweise nicht wahrgenommene neue Gefahrenmomente«. ³³ Gleichzeitig wurde die Angst zum Ausgangspunkt für politische Aktivität. In Frank Biess' Überlegungen zur »German Angst« skizzierte er unterschiedliche Angstzyklen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. In den 1960er Jahren verschoben sich die Objekte der Angst, sodass nicht mehr die Angst im Mittelpunkt stand, »ein schwacher Staat könne seine Bürgerinnen und Bürger womöglich nur unzu-

zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Adelheid von Saldern, Frankfurt a.M. 2004, S. 87–97.

29 Schildt: »German Angst«, S. 89.

30 Vgl. Bormann, Patrick; Freiberger, Thomas; Michel, Judith: Theoretische Überlegungen zum Thema Angst in den Internationalen Beziehungen; in: dies. (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen, Göttingen 2010, S. 13–43; hier: S. 27 und S. 29.

31 Bormann; Freiberger; Michel: Theoretische Überlegungen, S. 31.

32 Vgl. Schildt: »German Angst«, S. 88.

33 Frank Biess: Die Sensibilisierung des Subjekt: Angst und »Neue Subjektivität« in den 1970er Jahren; in: Werkstatt Geschichte 49 (2008); S. 51–72; hier: S. 54.

länglich gegen äußere Gefahren schützen, sondern eher die Angst vor einem zu starken und möglicherweise repressiven Staat, wie er sich in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze zu offenbaren schien.«³⁴ Des Weiteren traten mit der Angst vor einer »latent faschistischen Bedrohung innerhalb der westdeutschen Gesellschaft wie auch im Individuum selbst« andere Formen der inneren Bedrohung auf.³⁵ In den 1980er Jahren konzentrierten sich die Ängste der vorherigen Dekade in zwei »Großängsten«, die Angst vor Umweltzerstörung und die Angst vor einem Atomkrieg.³⁶ Biess interpretiert diese Ängste nach Inhalt und Form nicht als spezifisch deutsch, sieht aber in der »im Vergleich zu anderen Ländern größere[n] emotionale[n] Intensität der Angstkonjunkturen« eine deutsche Besonderheit, die »vom Nachhall extremer Gewalt- und Zusammenbruchserfahrungen im 20. Jahrhundert« zeuge.³⁷

In den Jahren 2009 und 2010 erschienen außerdem zwei Sammelbände, in denen die Angst historisch untersucht wurde und die wichtige Ansatzpunkte für Untersuchungen zur Kriegsangst in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1990 bieten.³⁸

Untersuchungszeitraum

Der Untersuchungszeitraum wurde auf die Jahre von 1965 bis 1985 beschränkt. 1965, im 20. Jahr nach Kriegsende, herrschte außenpolitisch »nach der Doppelkrise um Berlin und Kuba Ruhe; der Ost-West-Konflikt war in eine Phase der Entspannung eingetreten, die scharfe Konfrontativität in eine kooperative Konfliktaustragung im Zeichen der nuklearen Abschreckung übergegangen.«³⁹ Außerdem prosperierte die deutsche Wirtschaft, soziale Sicherheit und Massenkonsum stabilisierten ein demokratisches System, dessen Wertorientierungen von immer mehr Menschen bewusst akzeptiert und verinnerlicht wurden. Ludwig Erhard trat 1963 die Nachfolge als Bundeskanzler an und wurde in der Bundestagswahl 1965 auch nachträglich vom Volk legitimiert. Während es auch aus historischer Sicht nicht überraschen kann, dass in den 1950er Jahren – in der unmittelbaren Nachkriegszeit – Ängste vor einem bevorstehenden Scheitern der

34 Biess, Frank: German Angst; in: Psychologie heute (2) 2009, S. 29–34; hier: S. 30.

35 Biess: German Angst, S. 30.

36 Vgl. Biess: German Angst, S. 33.

37 Biess: German Angst, S. 34.

38 Vgl. Vgl. Bernd Greiner; Christian Th. Müller; Dierk Walter (Hg.). Unter Mitarbeit von Claudia Wagner: Angst im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Hamburg 2009 und Patrick Bormann; Thomas Freiberger; Judith Michel (Hg.): Angst in den Internationalen Beziehungen, Göttingen 2010.

39 Conze: Suche nach Sicherheit, S. 331.

bundesdeutschen Demokratie omnipräsent waren, so ist es doch verwunderlich, dass diese auch nach 1965 weiterhin bestanden.

Als Endpunkt der Untersuchung wurde 1985 gewählt, da die Ernennung Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU am 10. März 1985 »nicht nur in der Sowjetunion und im Ostblock, sondern auch im Westen als Neuanfang gesehen« wurde.⁴⁰ Auch innenpolitisch lassen sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Veränderungen erkennen. Der Protest gegen die Volkszählung 1983 war die letzte Debatte über ein mögliches Scheitern der bundesdeutschen Demokratie unter den alten »Rahmenbedingungen«. Der Volkszählungsprotest 1983 – so die hier vertretene These – konnte nur dadurch so erfolgreich werden, weil er als Stellvertreterkonflikt für negative Entwicklungen der vorherigen Dekade fungierte.⁴¹ Ab Mitte der 1980er Jahre wurden die Bedrohungsszenarien universeller und unabhängig von der politischen Couleur, wofür stellvertretend der Begriff der »Risikogesellschaft« steht.⁴² Wirtschaftliches Wachstum war eng verbunden mit dem Wachstum gesellschaftlicher Risiken (wie beispielsweise Umweltkatastrophen oder Arbeitslosigkeit), die alle Menschen in gleichem Maße betrafen und nicht vor sozialen, politischen oder finanziellen Grenzen halt machten.

Erst mit der geplanten Wiedervereinigung ab 1989 und dem Erstarren rechtsextremer Gruppierungen kamen die Debatten über ein bevorstehendes Scheitern der politischen Ordnung wieder auf, betrafen aber vorrangig die Sorge der Nachbarn Deutschlands vor einem wiederhergestellten deutschen Nationalstaat, der einen neuen deutschen Nationalismus hervorrufen könnte, weshalb diese Debatten unter neuen Rahmenbedingungen stattfanden.⁴³

Ausgangshypothesen

Auch wenn man den Forschungsstand als rudimentär bezeichnen kann, so wird doch schon darauf hingewiesen, dass der alarmistische Grundton vieler politischer Debatten in der Bundesrepublik Deutschland ein besonderes Merkmal der bundesdeutschen politischen Kultur darstellt.⁴⁴ Es ist außerdem auffällig, dass

40 Bernd Stöver: Der Kalte Krieg 1947 – 1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 438.

41 Zur Volkszählungsdebatte vgl. Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982 – 1990, München 2006, S. 393 – 398.

42 Vgl. Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a.M. 1986.

43 Vgl. Dirk Moses: German Intellectuals and the Nazi Past, Cambridge 2007, S. 220.

44 Politische Kultur zeigt sich hierbei nach Karl Rohes Definition »einerseits als ›Weltbild‹ [...], das das politische Denken, andererseits als ›ungeschriebene Verfassung‹, die das öffentliche Reden und Handeln der Gruppenmitglieder konditioniert.« Damit »stellt sie so etwas wie

auch innenpolitische Auseinandersetzungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland thematisiert wurden und dort die Sorge vor einem Verlust bürgerlicher und beruflicher Rechte in der Bundesrepublik geäußert wurde.⁴⁵ Die bundesdeutschen zeitgenössischen Akteure instrumentalisierten die Ängste des Auslandes für ihre Argumentation und sahen in der Gefährdung der Demokratie ein deutsches Spezifikum. Norbert Frei sieht beispielsweise die bundesdeutsche Spezifik der Revolte von 1968 vor allem »in der vergangenheitspolitischen Aufladung« innenpolitischer Kontroversen.⁴⁶ Daraus ergibt sich die Hypothese, dass die Debatten über ein Scheitern der bundesdeutschen Demokratie bzw. den Untergang des Landes in einer kriegerischen Apokalypse von den Deutungen des Scheiterns der Weimarer Republik, der nationalsozialistischen Machtübernahme, der Struktur der NS-Herrschaft und der Endphase des Zweiten Weltkrieges auf deutschem Boden geprägt waren.⁴⁷ Folgt man der Ansicht Conzes, dass »keine der großen Debatten um die Zukunft der Republik [...] frei von Bezügen zur nationalsozialistischen Vergangenheit« sei, so lässt sich fragen, inwiefern die Debatten über ein mögliches Scheitern der bundesdeutschen Demokratie von diesen Bezügen geprägt sind.⁴⁸ Mit Reinhart Koselleck kann man hier nach den Zusammenhängen von »Erfahrungsräumen« und »Erwartungshorizonten« der Akteure sowie nach deren Folgen für die innenpolitischen Debatten der Bundesrepublik fragen – und zwar in einer die Wandlungen dieser Elemente in den Blick nehmenden Perspektive. In jenem Maße, in dem sich die

einen mit Sinnbezügen gefüllten politischen Denk-, Handlungs- und Diskursrahmen dar, innerhalb dessen sich das Denken, Handeln und öffentliche Reden politischer Akteure vollzieht.«: Karl Rohe: Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts; in: Oskar Niedermayer; Klaus von Beyme (Hg.): Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland, Berlin 1994, S. 1 – 21; hier S. 1. Außerdem sei die politische Kultur »so etwas wie eine kollektive Theorie des Politischen [...] mit einer spezifischen Sicht politischer Grundprobleme und entsprechenden ›Antworten‹ und ›Lösungen‹, die nicht zuletzt die historischen Krisenerfahrungen des jeweiligen Kollektivs spiegeln.«: Karl Rohe: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung; in: Dirk Berg-Schlosser; Jakob Schissler (Hg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1987, S. 39 – 48; hier: S. 40.

45 Vgl. beispielhaft die Kampagne im Ausland gegen die deutschen »Berufsverbote«: Peter Graf Kielmansegg: Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin 2000, S. 335.

46 Vgl. Norbert Frei: 1968. Jugendrevolte und globaler Protest, München 2008, S. 78.

47 Diese Hypothese belegen in Ansätzen auch die Arbeiten zur Kriegsangst von Frank Biess und Holger Nehring in dem bereits erwähnten Sammelband »Angst im Kalten Krieg«: Vgl. Frank Biess: »Jeder hat eine Chance«. Die Zivilschutzkampagnen der 1960er Jahre und die Angstgeschichte der Bundesrepublik; in: Greiner; Müller; Walter (Hg): Angst, S. 61 – 93; hier: S. 64 und S. 91 und Holger Nehring: Angst, Gewalterfahrungen und das Ende des Pazifismus. Die britischen und westdeutschen Proteste gegen Atomwaffen, 1957 – 1964; in: Greiner; Müller; Walter (Hg): Angst, S. 436 – 464; hier: S. 446.

48 Conze: Suche nach Sicherheit, S. 14.

die Erwartungshorizonte bestimmenden Erfahrungsräume durch verschiedene Faktoren (nicht zuletzt durch generationellen Wandel⁴⁹) im Untersuchungszeitraum veränderten (»Erfahrungen überlagern sich, imprägnieren sich gegenseitig [...] neue Hoffnungen oder Enttäuschungen, neue Erwartungen schießen rückwirkend in sie ein«, so Koselleck⁵⁰), dürften sich auch die im Rahmen dieser Arbeit speziell interessierenden Erwartungshorizonte – die Untergangsszenarien bundesdeutscher Demokratie – gewandelt haben. Der Umgang der Geschichtswissenschaft mit dem Scheitern der Weimarer Republik spielt für die Untersuchung nur insofern eine Rolle, als sie Einfluss auf die Interpretationen der Akteure besaß. Zwar knüpft die vorliegende Untersuchung an die Beobachtung Jan Eckels an, dass »bis in die Gegenwart der neunziger Jahre hinein [...] sich die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Weimarer Republik in einem wesentlichen Strang als ein Nachdenken über die Möglichkeiten des Scheiterns der Demokratie und damit als stabilisierende Begleitreflexion für das eigene politisch-gesellschaftliche System dar[stellte]«. ⁵¹ Auf eine detaillierte Untersuchung der entsprechenden geschichts- und politikwissenschaftlichen Debatten wird aber verzichtet.

Als Arbeitshypothese wurden vier Szenarien identifiziert, die in den Debatten über ein befürchtetes Scheitern der Demokratie bzw. die mögliche Zerstörung Deutschlands in einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen 1965 und 1985 mehrfach aktiviert wurden und sich zum Teil auch gegenseitig beeinflussten: Im ersten Szenario wurde ein Krieg heraufbeschworen, der unabhängig vom Gesamtverlauf (d.h. auch dann, wenn die Erde nicht als ganze zerstört werden sollte), zur völligen Zerstörung des »Frontstaates« Bundesrepublik führen würde. Im zweiten Szenario erwartete man den Sieg einer totalitären Massenbewegung. Im dritten Szenario wurde der Aufstieg eines neuen charismatischen Führers thematisiert. Im vierten Szenario schließlich wurde ein Ende

49 Ausgehend von Hans Günter Hockerts Einteilung wird bei den Akteuren, die das mögliche Scheitern der bundesdeutschen Demokratie thematisierten, zwischen denjenigen unterschieden, die »Primärerfahrung« besaßen, das heißt, die das Ende der Weimarer Republik und den Nationalsozialismus aktiv miterlebten, und denjenigen, die ohne solche eigenen Erfahrungen an der »Erinnerungskultur« teilhatten und in der Öffentlichkeit nicht spezifisch wissenschaftlich mit dem Ende der Weimarer Republik umgingen: Vgl. Hans Günter Hockerts: Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft; in: Konrad H. Jarausch; Martin Sabrow (Hg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt a.M. 2002, S. 39–73; hier: S. 41.

50 Reinhart Koselleck: »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien; in: ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M. 1979, S. 349–375; hier S. 358.

51 Jan Eckel: Der Sinn der Erzählung. Die narratologische Diskussion in der Geschichtswissenschaft und das Beispiel der Weimargeschichtsschreibung; in: ders.; Thomas Etzemüller (Hg.): Neue Zugänge zur Geschichte der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2007, S. 201–229; hier: S. 227.

der Demokratie infolge der absoluten Kontrolle der Gesellschaft durch einen anonymen bürokratischen Machtapparat befürchtet.

Eine weitere Arbeitshypothese geht davon aus, dass jedes der vier Szenarien sowohl im politisch linken Spektrum als auch im politisch konservativen Spektrum in jeweils eigenen Konstruktionen thematisiert und gepflegt wurde. Zur Einordnung der verschiedenen Aussagen helfen einerseits der Begriff des politischen Lagers nach Karl Rohe⁵² und andererseits der des Denkstils bzw. des Denkkollektivs von Ludwik Fleck⁵³, auch wenn beide Begriffe nicht vorbehaltlos auf die hier vorgestellte Untersuchung übertragbar sind. So bezieht sich Rohes Begriff des politischen Lagers auf die Zeit vor dem Untersuchungszeitraum, weshalb Rohe in seinem Kapitel »Jenseits des Lagersystems« feststellt, »daß sich die drei Gruppierungen [Union, FDP und SPD, C.S.] wegen der Drei-Lager-Vergangenheit des deutschen Parteiensystems nicht in einem einfachen Links-Rechts-Schema anordnen lassen.«⁵⁴ Auch die vorbehaltlose Übernahme der Fleckschen Begriffe des Denkstils und Denkkollektivs erweist sich als Problem, da sich Flecks Methodik auf die Untersuchung wissenschaftlicher Auseinandersetzungen bezieht. Dennoch können sowohl von Rohe als auch von Fleck wesentliche Anregungen übernommen werden, die der Systematisierung verschiedener Aussagen dienen können. So lebt ein Lager nach Rohe »in seinem Zusammenhalt im Unterschied zu einem Milieu stärker von der Abgrenzung gegen andere als von eigenen positiven Gemeinsamkeiten und kann deshalb im Prinzip sogar sehr heterogene Milieus enthalten«. Außerdem benötigt es »des Gegenübers« und »kann nicht nur verschiedene Parteien, sondern auch unterschiedliche sozialmoralische Milieus umschließen.«⁵⁵ Fleck definiert den »Denkstil als gerichtetes Wahrnehmen, mit entsprechendem gedanklichen und sachlichen Verarbeiten des Wahrgenommenen.«⁵⁶ Bei der Auseinandersetzung verschiedener Denkstile wirke der fremde Denkstil »als Mystik an, die von ihm verworfenen Fragen werden oft als eben die wichtigsten betrachtet, die Erklärungen als nicht beweisend oder danebengreifend, die Probleme oft als unwichtige oder sinnlose Spielerei« angesehen.⁵⁷ Als Arbeitshypothese, die dem Sortieren dient und die es ergebnisoffen zu prüfen gilt, wurden deshalb zwei sich gegenüberstehende Wahrnehmungsmuster – ein linkes Wahrnehmungsmuster

52 Vgl. Karl Rohe: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992.

53 Fleck, Ludwik: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv. Mit einer Einleitung herausgegeben von Lothar Schäfer und Thomas Schnelle, Frankfurt a.M. 1980.

54 Rohe: Wahlen, S. 165.

55 Rohe: Wahlen, S. 21.

56 Fleck: wissenschaftliche Tatsache, S. 130.

57 Fleck: wissenschaftliche Tatsache, S. 143.

und ein konservatives Wahrnehmungsmuster – identifiziert, die sich im Wesentlichen in den beiden großen Volksparteien SPD und CDU institutionalisierten. In Anlehnung an Jens Hacke ist das konservative Wahrnehmungsmuster wandelbar, wobei »eine konservative Wesensart als anthropologische Konstante herausgearbeitet wird: Autorität, Hierarchie, Ordnungsdenken, Traditionsbewußtsein, Religion, Familie, Heimat etc. gehören meist zu den konservativen Orientierungsgrößen, die im Wandel der Zeit neu justiert werden müssen«, sodass das konservative Wahrnehmungsmuster hier als »wert- oder institutionenerhaltend« bezeichnet werden kann.⁵⁸ Das linke Wahrnehmungsmuster wird dadurch bestimmt, dass diese konservativen Werte in Frage gestellt werden können und bisher stabile Strukturen als veränderbar verstanden werden. Die Einteilung in zwei sich gegenüberstehende Wahrnehmungsmuster ermöglicht eine größere Flexibilität, da sich so beispielsweise die Möglichkeit ergibt, in einer konkreten Debatte die Aussagen eines Politikers einem Wahrnehmungsmuster zuzuordnen, das mehrheitlich nicht dem seiner Partei entspricht.⁵⁹

Als weitere Arbeitshypothese wird davon ausgegangen, dass jedes der vier Szenarien in seiner jeweiligen linken bzw. konservativen Ausprägung auf jeweils spezifische Interpretationen der Machteroberung des Nationalsozialismus, dessen Herrschaftssystems und des Zweiten Weltkrieges in seiner Endphase auf deutschem Boden 1945 zurückzuführen ist.

Die Möglichkeit eines Krieges auf deutschem Boden wurde in der konservativen Wahrnehmung vorrangig als die Angst vor einem Überfall durch die UdSSR beschrieben. Höhepunkte im Untersuchungszeitraum waren die frühen 1970er Jahre, in denen die Angst herrschte, dass die Bundesrepublik durch die Ostverträge der sozialliberalen Koalition das westliche Lager verlassen und deshalb einem Angriff der UdSSR hilflos ausgesetzt sein würde⁶⁰ und die Jahre um 1980, als die Gefahr darin gesehen wurde, dass der Pazifismus die Widerstandskraft der Demokratien gefährde.⁶¹ Die Kriegsangst im linken Wahrneh-

58 Jens Hacke: *Philosophie der Bürgerlichkeit. Die liberalkonservative Begründung der Bundesrepublik*, 2. Aufl., Göttingen 2011, S. 19.

59 Fleck bemerkt, dass Denkkollektive auch momentan und zufällig zustande kommen können und ebenfalls wieder vergehen können. Vgl. Fleck: *wissenschaftliche Tatsache*, S. 135.

60 Vgl. Axel Schildt: »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten«. Zur konservativen Tendenzwende in den Siebziger Jahren; in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 449–478; hier: S. 456–458.

61 Vgl. Helga Haftendorn: *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. 1945–2000*, Stuttgart 2001, S. 148–155 und S. 192; Herf: *Demokratie*, S. 24 ff.; Philipp Gassert: *Viel Lärm um Nichts? Der NATO-Doppelbeschluss als Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung in der Bundesrepublik*; in: ders.; Tim Geiger; Hermann Wentker (Hg.): *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 175–202; hier: S. 196 f.; Judith Michel: »Richtige« und »falsche« Angst in der westdeutschen Debatte um den Nato-Doppelbeschluss; in: Bormann; Freiberger; dies. (Hg.): *Angst in Internationalen*

mungsmuster basierte auf der Angst, in einer kriegerischen Auseinandersetzung als »Schlachtfeld« im Ost-West-Konflikt fungieren zu müssen. Höhepunkt hierbei war der Protest gegen den NATO-Doppelbeschluss ab 1979.⁶²

Die Befürchtungen vor einer totalitären Massenbewegung artikulierten sich im linken Wahrnehmungsmuster vor allem anlässlich des unerwarteten und plötzlichen Erstarkens der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) von 1964 bis 1969.⁶³ Die Befürchtungen der Konservativen vor einer totalitären Massenbewegung von links hatten ihren Höhepunkt in den Jahren der Studentenbewegung von 1967 bis 1969⁶⁴ und mit dem Auftreten der Friedensbewegung gegen die geplante Raketenstationierung der NATO Anfang der 1980er Jahre.⁶⁵

Axel Schildt bilanziert in seinem Essay über die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, dass in der Geschichte der Bundesrepublik »schlicht die offenkundigen Bösewichte in der Politik – ebenso wie die Lichtgestalten« fehlten.⁶⁶ Hier zeigt sich auch wieder die von Wirsching angesprochene Diskrepanz zwischen Historikern und Zeitgenossen. Für die Untersuchung des Szenarios des

Beziehungen, S. 251–272; hier: S. 255 ff. und S. 262; Susanne Schregel: Konjunktur der Angst. »Politik der Subjektivität« und »neue Friedensbewegung«, 1979–1983; in: Greiner; Müller; Walter (Hg): Angst, S. 495–520; hier: S. 509 f. und S. 518. Ein Überblick über die zeitgenössischen Bruchlinien der Auseinandersetzung und die sich daraus ergebenden Deutungsansätze der Forschung findet sich in Philipp Gassert; Tim Geiger; Hermann Wentker: Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung: Einleitende Überlegungen zum historischen Ort des NATO-Doppelbeschlusses von 1979; in: dies. (Hg.): Zweiter Kalter Krieg, S. 7–29; hier: S. 10 ff.

62 Vgl. Gassert; Geiger; Wentker: Einleitende Überlegungen, S. 8 f; Gassert: Lärm, S. 196 f und S. 200; Herf: Demokratie, S. 23 ff.; Kielmansegg: Katastrophe, S. 345; Schregel: Konjunktur, S. 507.

63 Vgl. Biess: Sensibilisierung, S. 58; Biess: German Angst, S. 30; Wolfgang Kraushaar: Achtundsechzig. Eine Bilanz, Berlin 2008, S. 175; Moses: Nazi-Past, S. 183; Bernd Stöver: Die Bundesrepublik Deutschland, Darmstadt 2002, S. 79; Wolfrum: Demokratie, S. 235.

64 Vgl. Bavaj: Verunsicherte Demokratisierer, S. 163 f.; Tilman P. Fichter; Siegwald Lönendonker: Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von Helmut Schmidt bis Rudi Dutschke. Mit einem Vorwort von Wolfgang Kraushaar und einem Bildteil von Klaus Mehner, Essen 2008, S. 160; Frei: 1968, S. 115; Moses: Nazi-Past, S. 187 und S. 195; Münkler: Bund, S. 177 ff.; Schildt: Kräfte, S. 453 sowie Nikolai Wehrs: Protest der Professoren: Der Bund Freiheit der Wissenschaft und die Tendenzwende der 1970er Jahre; in: Massimiliano Livi; Daniel Schmidt; Michael Sturm (Hg.): Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechte, Frankfurt a.M. 2010, S. 91–112; hier: S. 97 f. Götz Aly verglich in seinem 2008 erschienenen Buch die »68er« mit den »33ern«, weshalb er allerdings viel Kritik bekam: Vgl. das Kapitel »Dreiunddreißiger und Achtundsechziger« in: Götz Aly. Unser Kampf. 1986- ein irritierter Blick zurück, Frankfurt a.M. 2008, S. 169–184.

65 Vgl. Gassert: Lärm, S. 196 f. und 199; Gassert; Geiger; Wentker: Einleitende Überlegungen, S. 8 sowie Michel: »richtige« Angst, S. 256 f.

66 Axel Schildt: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1999, S. 22.

charismatischen Führers werden deshalb die Stilisierungen von Franz Josef Strauß und Willy Brandt durch ihre jeweiligen Gegner untersucht. Frank Bösch bemerkt, dass es seit 1957 Skandalisierungen »von links« gegen Strauß und seit 1961 vermehrt Enthüllungen »von rechts« gegen Brandt gegeben habe und auch Daniela Münkel bemerkt, dass Brandt und Strauß die Gesellschaft so polarisiert hätten wie keine anderen Politiker.⁶⁷ Dabei wird davon ausgegangen, dass Strauß im linken Wahrnehmungsmuster als möglicher Führer der Rechten angesehen wurde. Der Höhepunkt dieser Auseinandersetzung im Untersuchungszeitraum ist der Bundestagswahlkampf 1980.⁶⁸ Die Höhepunkte für Willy Brandts Darstellung als möglicher Führer einer linken Bewegung sind die Wahlkämpfe 1965 und 1969.⁶⁹

Die Angst vor einem anonymen bürokratischen Machtapparat zeigte sich im linken Wahrnehmungsmuster bei den Protesten gegen die Notstandsgesetzgebung seit Mitte der 1960er Jahre⁷⁰ und anhand der Befürchtungen, die die Große Koalition (1966–1969) auslöste⁷¹ sowie in Anbetracht der Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung ab den 1970er Jahren, von denen befürchtet wurde, dass sie einen »Überwachungsstaat« ermöglichen würden.⁷² Die Ängste vor

67 Vgl. Frank Bösch: Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien; in: APuZ 7/2006, S. 25–32; hier: S. 32. und Daniela Münkel: Zwischen Diffamierung und Verehrung. Das Bild Willy Brandts in der bundesdeutschen Öffentlichkeit (bis 1974); in: Carsten Tessmer (Hg.): Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen, Berlin 2000, S. 23–40; hier: S. 23.

68 Vgl. zu Strauß' persönlicher Meinung über die Diffamierungen des »Spiegels« gegen seine Person: Franz Josef Strauß: Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 422–424; zum Protest gegen Strauß' Kanzlerschaft: Manfred Behrend: Franz Josef Strauß: Eine politische Biographie, Köln 1995, S. 214–220.

69 Zur Diffamierungskampagne gegen Brandt in den Wahlkämpfen 1961 und 1965: vgl. Münkel: Diffamierung, S. 28–32. Daniela Münkel bemerkt außerdem, dass sich während Brandts Kanzlerschaft die charismatische Wirkung entfaltete, die Brandt als Parteivorsitzenden fast unangreifbar werden ließ: vgl. Daniela Münkel: »Auf der Zinne der Partei...«: Willy Brandt als Parteivorsitzender; in: dies; Schwarzkopf (Hg.) Geschichte als Experiment, S. 75–85; hier: S. 80. Im Bundestagswahlkampf 1972 gab es zwar auch Verleumdungskampagnen gegen Brandt, »diesmal war die Resonanz solcher Angriffe jedoch relativ gering, das Gegenimage [Hervorhebung im Original] hatte an Wirkungsmacht verloren.« Daniela Münkel: Politiker-Image und Wahlkampf. Das Beispiel Willy Brandt: Vom deutschen Kennedy zum deutschen Helden; in: Bernd Weisbrod (Hg.): Die Politik der Öffentlichkeit – Die Öffentlichkeit der Politik. Politische Medialisierung in der Geschichte der Bundesrepublik, Göttingen 2003, S. 55–76; hier: S. 75.

70 Vgl. Kielmansegg: Katastrophe, S. 324; Kraushaar: Achtundsechzig, S. 166, 171 und 174 f.; Kraushaar: Furcht: S., 139 und 146; Moses: Nazi-Past, S. 183; Jörg Requate: »Weimar« als Argument in der Debatte um die Notstandsgesetze; in: Christoph Gusy (Hg.): Weimars lange Schatten – »Weimar« als Argument nach 1945, Baden-Baden 2003, S. 311–334; bes. S. 323–326 und S. 329–333; Stöver: Bundesrepublik, S. 83.

71 Vgl. Kielmansegg: Katastrophe, S. 326; Hans Günter Hockerts: Rahmenbedingungen: Das Profil der Reformära; in: derselbe (Hg.): Geschichte der Sozialpolitik seit 1945. Band 5: 1966–1974, Baden-Baden 2006, S. 1–155, hier: S. 22.

72 Vgl. Kielmansegg: Katastrophe, S. 336 f. und S. 342 f.; Stöver: Bundesrepublik, S. 86. Stell-

einem drohenden Überwachungsstaat waren Anfang der 1980er Jahre bereits so ausgeprägt, dass selbst bis dahin problemlose Verfahren, wie die Durchführung einer Volkszählung, innerhalb kürzester Zeit massive Proteste hervorrufen konnten. Die Angst vor einem baldigen Scheitern der Bundesrepublik durch einen anonymen Machtapparat nährte sich im konservativen Wahrnehmungsmuster hauptsächlich aus der Reformpolitik der sozialliberalen Regierung unter Willy Brandt, die eine Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft anstrebte. Es wurde von konservativer Seite einerseits befürchtet, dass die allumfassende Demokratisierung politische Entscheidungsprozesse in einen außerparlamentarischen Raum verlagere und damit die Demokratie funktionsunfähig gemacht und deren Gegner gestärkt würden, weshalb beispielsweise eine »Unregierbarkeit« des bundesdeutschen Staates zu erwarten wäre.⁷³ Andererseits sah man die Gefahr, dass die Demokratisierung sämtliche Teilbereiche der bundesdeutschen Gesellschaft erfasse, was wiederum zu einer totalitären Gesellschaft führe.⁷⁴ Den Höhepunkt der Ängste des konservativen Wahrnehmungsmusters vor einem anonymen Machtapparat bildeten die Befürchtungen vor einer Unterwanderung der Institutionen im »langen Marsch durch die Institutionen« von sogenannten Verfassungsfeinden.⁷⁵

vertretend für zeitgenössische Ängste vor einem Überwachungsstaat: vgl. Jochen Bölsche: Der Weg in den Überwachungsstaat. Mit neuen Dokumenten und Stellungnahmen von Gerhart Baum, Hans Peter Bull, Ulrich Klug, Spiros Simitis, Wilhelm Steinmüller u. a., Hamburg 1979.

73 Vgl. Hacke: Staat, S. 188; Herf: Demokratie, S. 1; Thomas Kleinknecht: Demokratisierung als Staats- oder als Lebensform: Konservative Einreden in den Cappenberger Gesprächen der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft in den 1970er Jahren; in: Livi; Schmidt; Sturm (Hg.): Schwarzes Jahrzehnt, S. 113 – 129; hier: S. 124; Schildt: Kräfte, S. 453 und 469 f.; Münkler: Bund, S. 178 f. Gabriele Metzler erkennt in der Debatte um die Bedrohung des Staates innerhalb der bundesdeutschen »Unregierbarkeits«-Debatte ein »nationales Spezifikum«: Gabriele Metzler: Staatsversagen und Unregierbarkeit in den siebziger Jahren?; in: Konrad H. Jarausch (Hg.): Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte, Göttingen 2008, S. 243 – 260; hier: S. 246.

74 Vgl. Moritz Scheibe: Auf der Suche nach der demokratischen Gesellschaft; in: Ulrich Herbert (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945 – 1980, 2. Aufl., Göttingen 2003, S. 245 – 277; hier: S. 263 f. und 268 f. Scheibe zeigt außerdem auf, wie bei den Debatten über die Gefahr der Demokratisierung der Weimar-Bezug eine Rolle spielte und eine Verbindung zur Gefahr der studentischen Massenbewegung gezogen wurde (S. 271 f.) Außerdem zeigt er auf, wie die Gefahr der drohenden Demokratisierung der Gesellschaft zur Neuformierung der politischen Lager beitrug (S. 273).

75 Vgl. Schildt: Kräfte, S. 467 f.; Achim Saupe: Von »Ruhe und Ordnung« zur »inneren Sicherheit«. Eine Historisierung gesellschaftlicher Dispositive; in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 7 (2010), H. 2, S. 7 und Wehrs: Protest, S. 98.

Fragestellungen

Die Untersuchung soll klären, ob im Untersuchungszeitraum von 1965 bis 1985 in relevantem Ausmaß durchgängig Debatten über ein bevorstehendes Scheitern der bundesdeutschen Demokratie bzw. über einen möglichen unmittelbar bevorstehenden Krieg geführt wurden. Hierbei zeigt sich die Relevanz einerseits quantitativ durch die Auftretenshäufigkeit der Debatten, die empirisch gemessen wird. Andererseits zeigt sich die Relevanz qualitativ dadurch, dass die Debatten ein zentrales Thema in der Bundesrepublik Deutschland darstellten und Diskussionen verschiedener Akteure hervorriefen, die sich öffentlich aufeinander bezogen bzw. dass die Debatten dazu dienten, politische Standpunkte zu vertreten und Abgrenzungen zu markieren.

In einem ersten Fragekomplex soll deshalb empirisch beantwortet werden, ob die Debatten durchgängig im Untersuchungszeitraum sowohl im linken als auch im konservativen Wahrnehmungsmuster geführt wurden, ob sich die Debatten hauptsächlich in den genannten vier Szenarien (in jeweils eigener politischer Ausprägung) kategorisieren lassen, welche zeitlichen Entwicklungen und Höhepunkte hierbei erkennbar werden und ob sich die zeitgenössischen Akteure in ihrer Argumentation auf historische Erfahrungen berufen und falls ja, ob sich diese im Untersuchungszeitraum wandeln. Letztendlich wird so die Hypothese geprüft, ob die Debatten von den Deutungen des Scheiterns der Weimarer Republik und den Erfahrungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges beeinflusst waren und sich durch die Veränderungen dieser Deutungen auch die Debatten über das vermeintlich bevorstehende Scheitern der bundesdeutschen Demokratie im Laufe der Geschichte der Bundesrepublik wandelten.⁷⁶

In einem zweiten Fragekomplex soll deutlich werden, welche Ereignisse bzw. Anlässe die Debatten im Untersuchungszeitraum auslösten, welche konkreten Befürchtungen artikuliert wurden und wie dabei das befürchtete Scheitern »plausibel« gemacht wurde. Dafür sollen ausgewählte Szenarienhöhepunkte in ihrer jeweiligen politischen Ausrichtung genauer untersucht werden. Hierbei

76 Hierbei wird auf den von Edgar Wolfrum geprägten Begriff der »Geschichtspolitik« Bezug genommen. Wolfrum geht davon aus, dass die Beschäftigung mit Geschichte nicht nur Historikern vorbehalten ist, sondern dass Geschichte in der Öffentlichkeit von verschiedenen Deutungseliten verwendet wird, »um mobilisierende, politisierende oder legitimierende Wirkungen in der politischen Auseinandersetzung zu erzielen.«: Edgar Wolfrum: *Geschichte als Politikum – Geschichtspolitik. Internationale Forschungen zum 19. und 20. Jahrhundert*; in: *Neue Politische Literatur (NPL). Berichte über das internationale Schrifttum*, Frankfurt a.M. 1996, S. 376–401; hier: S. 377. Wolfram Pyta stellt fest, dass sich Weimar »als geschichtliches Lehrstück [...] in den ausgehenden 1970er Jahren allmählich verbraucht« hatte. Dieser These soll hier nachgegangen werden: Wolfram Pyta: »Weimar« in der bundesdeutschen Geschichtswissenschaft; in: Gusy (Hg.): *Schatten*, S. 21–62; hier: S. 61.

liegt ein Hauptaugenmerk auf der Argumentation der Debattenteilnehmer. Es soll untersucht werden, wie die zeitgenössischen Akteure eine Verbindung zwischen einem kommenden Ereignis und dem Scheitern der bundesdeutschen Demokratie »sichtbar« und plausibel machen konnten. Hierbei werden die Äußerungen, Begriffe, Beschreibungen etc. identifiziert und analysiert, mit denen die Angst vor einem potenziellen Scheitern der Demokratie bzw. vor dem Untergang in einem Krieg zum Ausdruck kamen. Dabei wird auch analysiert, ob und wenn ja, wie historische Bezugs- und Vergleichspunkte (»Erfahrungsräume«) benutzt und der Argumentation dienlich gemacht werden. Weiterhin werden die zeitgenössischen Beschreibungen der bundesdeutschen Demokratie untersucht und aufgezeigt, welche normativen Vorstellungen von Demokratie in den jeweiligen Wahrnehmungsmustern existierten.

Außerdem wird im zweiten Fragekomplex untersucht, welche konkreten Forderungen die Debattenteilnehmer äußerten. Hierbei wird davon ausgegangen, dass die Debatten nicht zufällig zustande kamen. Sie erfüllten jeweils eine bestimmte Funktion und wurden deshalb bewusst von den jeweiligen Akteuren artikuliert. Deshalb soll aufgezeigt werden, welche Lösungsvorschläge thematisiert wurden, um das unmittelbar bevorstehende Scheitern der bundesdeutschen Demokratie bzw. den drohenden Krieg zu verhindern. Dabei wird auch die Interaktion der Akteure in der politischen Auseinandersetzung untersucht und dabei hinterfragt, ob die Debatten über das Scheitern der bundesdeutschen Demokratie bzw. eines möglichen Krieges auch zur Neupositionierung einzelner Akteure zu einem der beiden Wahrnehmungsmuster beigetragen haben.

Durchführung der Untersuchung

Axel Schildt hatte bereits in seinen Überlegungen darauf hingewiesen, dass es bei der Untersuchung der »German Angst« Probleme der Quellenwahl gebe.⁷⁷ Er hat deshalb empfohlen, nicht Briefe, Tagebücher oder Ähnliches, sondern Printmedien zu untersuchen. Dadurch falle der Blick nicht auf individualpsychologische Ängste, sondern auf Zeugnisse der öffentlichen Diskurse. Außerdem sei dadurch eine größere Quellenauswahl berücksichtigt, da dort auch Meinungsumfragen, Parlamentsreden, Interviews usw. thematisiert werden. Schildts konzeptioneller Überlegung wird bei der Durchführung dieser Untersuchung gefolgt. Um für den Untersuchungszeitraum von 1965 bis 1985 eine systematische Untersuchung bewerkstelligen zu können, wird für jedes Wahrnehmungsmuster jeweils eine Wochenzeitung bzw. ein Nachrichtenmagazin

77 Vgl. Schildt: »German Angst«, S. 88 f.